

NRW / Städte / Rheinberg

Alpen

Salzbergbau: Solidarität unter Nachbarn wird angestrebt

8. Dezember 2019 um 16:20 Uhr | Lesedauer: Eine Minute



Untertage im Borthner Steinsalzbergwerk. Foto: Sebastian Peters

Alpen. Bürgermeister Thomas Ahls hat auf die Kritik der SPD reagiert, dass er die Politik noch nicht mit den Plänen der Esco befasst hat, die Laufzeit des Rahmenbetriebsplans für das Salzbergwerk in Borth bis zum Jahr 2050 zu verlängern.

Von **Bernfried Paus**

Die Verwaltung sei von der Bezirksregierung Arnsberg, die das Genehmigungsverfahren federführend bearbeitet, erst Anfang Oktober über den Beginn des Verfahrens informiert und kurzfristig um eine erste Stellungnahme bis Ende Oktober gebeten worden. Wegen der Kürze der Zeit sei das auf der Ebene der Verwaltung geschehen, sagte Ahls jetzt als Erklärung im Bau- und Planungsausschuss.



Der Bürgermeister wies aber ausdrücklich darauf hin, dass damit nichts an der Politik vorbei gehe. Das offizielle Planfeststellungsverfahren, das weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten vorsehe, sei noch nicht angelaufen. „Daher ist nichts geschehen, womit die Politik hätte befasst werden müssen“, so Ahls weiter. Es gebe keinen Anlass für Befürchtungen. Das Thema komme zur rechten Zeit auf die politische Tagesordnung, da es eben auch für das Alpener Gemeindegebiet eine große Betroffenheit gebe.

Um den örtlichen Belangen im Verfahren deutlich mehr Gewicht zu verleihen, so Alpens Bürgermeister, sei er mit den Kollegen in Xanten und Rheinberg im engen Kontakt. Möglicherweise ergebe eine gemeinsame Stellungnahme am Ende mehr Sinn. „Momentan jedenfalls ist das Kind noch nicht in den Brunnen gefallen“, so der Bürgermeister weiter.

In Rheinberg haben die Politiker im Fachausschuss ihre Sorgen wegen möglicher gravierender Folgen von zu erwartenden Bergsenkungen von bis zu drei Meter thematisiert. Auch in Xanten ist der Planungsausschuss wegen der langfristigen Folgen des Salzbergbaus alarmiert. Einzelne Politiker fürchten sogar um die Gemäuer des Doms. Die SPD in Alpen hatte Messmarken zur Beweissicherung für jedes Haus im Abgrabungsgebiet gefordert.

